

SPD - Vor Ort

Informationen der Abteilung 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg - Wilmersdorf
Nr. 20 für den Wahlkreis 4 Herbst / Winter 2010

Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hände!

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten herrschte in der politischen Diskussion und Praxis eine Richtung vor, die zum Zweck der Haushaltsanierung durch Vermögensverkäufe und meist auch gleichzeitig mit der Behauptung, Private könnten ohnehin alles besser als der Staat, wichtige Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge preisgab.

Auf Bundesebene wurden etliche Unternehmen schrittweise veräußert, wie z.B. Post und Lufthansa, bzw. bei der Bahn wurde der Börsengang vorbereitet – mit all den negativen Folgen, die gerade wir in Berlin bei der S-Bahn oder mit der Schließung von Postfilialen deutlich zu spüren bekommen.

Die Privatisierungs-Euphorie machte aber auch vor Ländern und Kommunen nicht halt – überall galt es in den neunziger Jahren, das "Tafelsilber" zu verwerten, wie es damals gerne formuliert wurde. Berlin verkaufte beispielsweise die GASAG, die BEWAG und die Hälfte der Wasserbetriebe.

Nun taucht seit einiger Zeit landauf, landab der Begriff der Rekommunalisierung auf. Überall bemerken Stadtoberhäupter und Kämmerer, dass der einmalige Finanzbeitrag durch die Veräußerung schnell "verfrühstückt" war, aber dauerhaft die Kommune keinen Einfluss mehr auf wesentliche Belange der Daseinsvorsorge besitzt und Gemeinwohlorientierung hinter Renditeinteressen zurück bleibt. Wir in Berlin haben heutzutage z.B. in Deutschland mit die höchsten Wasserpreise der Republik, obwohl wir eigentlich von der geographischen Lage her ein begünstigter Standort für die Wassergewinnung sind – doch feste Renditezusagen gegenüber den privaten Miteigentümern der Wasserbetriebe treiben die Preise hoch.

Überall in Deutschland kaufen Kommunen ihre privatisierten Netze zurück, gründen Stadtwerke und bilden Verbände. Glücklicherweise können sich Städte wie München oder Nürnberg schätzen, die ihre Netze und kommunalen Unternehmen nie privatisiert haben. Dort gibt es starke Stadtwerke, die im Querverbund verschiedener Sparten – von der

Energieversorgung, über die Wasserversorgung, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), die Abfallwirtschaft bis hin zu den städtischen Bädern – ihren Bürgerinnen und Bürgern Leistungen aus einer Hand anbieten können. Hierbei gleichen gewinnträchtige Sparten auch Defizite traditioneller Zuschussbereiche (wie Bäder oder ÖPNV) aus. Und es bleibt sogar noch eine Gewinnabführung an den Haushalt der Stadt übrig – eine finanzpolitisch in der Tat nachhaltigere Strategie als ein Einmalerlös durch Verkauf!



In Berlin wird es kein leichter Weg, das verloren gegebene Terrain zurück zu gewinnen, doch die Berliner SPD wird diesen Weg entschlossen gehen. Das Auslaufen der Konzessionsverträge für Energie bot schon vielen Kommunen den Einstieg für die Rückführung wichtiger Belange der Daseinsvorsorge in öffentliche Hände. Der Konzessionsvertrag für Gas läuft in Berlin 2013 und für Strom 2014 aus. Mit der Anteilseignern der Wasserbetriebe muss verhandelt werden. Andere wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge wurden in Berlin glücklicherweise nie privatisiert. Gegen laute Forderungen aus Reihen von CDU und FDP, aber durchaus auch der Grünen blieben BVG und BSR unangetastet. Verkäufe im Bereich der Wohnungsbaugesellschaften, die aus heutiger Sicht ebenfalls als Fehler zu bewerten sind, wurden durch diese Koalition beendet, und auch die Ausgliederung von Tochtergesellschaften öffentlicher Unternehmen oder riskante Leasing-Modelle müssen künftig der Vergangenheit angehören. Öffentliche Daseinsvorsorge ist kein Bereich privater Renditemaximierung, sondern gehört in öffentliche Hände!

Ihr Wahlkreisabgeordneter

Frank Jahnke

Die wirtschaftliche Basis Berlins – Voraussetzung für Vollbeschäftigung und sozialen Ausgleich

Berlin war zu Beginn des vorigen Jahrhunderts das Industriezentrum Deutschlands. Maschinenbau und Elektroindustrie hatten hier ihre maßgeblichen Standorte, Namen wie Borsig, Siemens & Halske und AEG waren Programm. Davon begünstigt wuchsen Bauwirtschaft sowie Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrie zu bedeutenden Faktoren heran.

Diese Vormachtstellung konnte Berlin nach dem 1. Weltkrieg behaupten. 1936 waren in der Stadt fast 600.000 Arbeiter und Angestellte im Produzierenden Gewerbe beschäftigt, mehr als in Württemberg, Baden und Thüringen insgesamt.

Lang ist's her. Jedoch: Ohne historischen Abriss kein Verständnis der heutigen Lage.

Nach 1945 war die Berliner Industrie entweder zerstört oder demontiert, lediglich ein Viertel war noch intakt. Unternehmen wanderten ab oder sie verlegten wesentliche Betriebsabteilungen in den Westen Deutschlands. Die Folge: Im Westteil der Stadt zählte die Industrie nur noch 150.000 Beschäftigte. Zwar konnte dieser Trend durch Subventionen aus dem Westen umgekehrt und wieder auf 315.000 Beschäftigte gebracht werden – bis zum Bau der Mauer, dem eine Umkehr von der Umkehr folgte: Firmen klangvoller Namen verlegten ihre Hauptverwaltungen, Abteilungen für Forschung und Entwicklung in die Bundesrepublik. Dadurch sank die Zahl der u. a. in der Elektroindustrie Beschäftigten erneut. Zwar versuchten Senat und Bundesregierung durch die Berlinförderung dem entgegenzuwirken, überwinden konnten sie die lebenswichtigen Wachstum feindliche Spaltung der Stadt naturgemäß nicht.

Dem Fall der Mauer im November 1989

und der Wiedervereinigung Deutschlands folgte der Abbau der Berlinförderung im Westen und der Zusammenbruch der Großkombinate im Osten;

denn letztere hatten plötzlich so gut wie keine Kunden mehr, war doch die sowjetische Wirtschaft, die Hauptabnehmerin der DDR, ihrerseits kollabiert. Hinzu kam das unglückliche Wirken der Treuhand, die nach der – bis heute ungeklärten - Ermordung unseres Genossen Detlev Rohwedder verstärkt auf Privatisierung setzte und dabei so manchem Betrüger in die Karten spielte. Nicht wenige der noch wirtschaftlich und umweltfreundlich produzierenden Betriebe im Osten wurden Schritt für Schritt weg saniert oder gleich stillgelegt – mit verheerenden Folgen: Zählte die Industrie Großberlins 1989 noch 378.000 Beschäftigte, so waren es 2007 noch knapp 100.000.

Here we are – aber es gibt eine Renaissance

zwar nicht der klassischen Industrie, wohl aber in der Form wettbewerbsfähiger, exportorientierter moderner Unternehmen. Die Elektroindustrie ist nach wie vor der stärkste industrielle Sektor. Sie zählt etwa 29.000 Beschäftigte, davon 21.000 in großen Unternehmen. Darunter befinden sich wieder Namen wie Siemens, Osram, Bosch.

Eigentlicher Träger der Berliner Wirtschaft aber ist der riesige Bereich der Dienstleistung. Diese Erscheinung ist nicht auf Berlin beschränkt, sondern hängt mit einer tiefgreifenden Wandlung aller Industrienationen westlicher Prägung zusammen. Ihr verdankt Berlin sein Wachstum: Seit 2005 ist es im Vergleich zu allen anderen Bundesländern am stärksten gestiegen. Der Tourismus meldet Jahr für Jahr neue Besucherrekorde. Bedeutende „Schwärme“, „Gruppen“, „Trauben“ oder „Büschel“ – auf Neudeutsch: „Cluster“ – neuer „kreativer“ Unternehmen haben sich gebildet. Wo Firmen erfolgreich sind, ein günstiges Umfeld von Wissenschaft und Forschung vorfinden, siedeln sich weitere an, bilden „Trauben“ – eben: „Cluster“, mit deutlich über die Republik verteilten Schwerpunkten.

Für Berlin bedeutet das: Sein industrielles Rückgrat bilden die Armaturen- und Messtechnik, die Energie- und Elektroproduktion, die Pharmazie, die Herstellung von Sportgeräten. Ihnen zur Seite stehen Banken und Versicherungen, Universitäten mit ihren Einrichtungen für Forschung, Entwicklung und Beratung, ein Potenzial für die Zukunft, wie es seinesgleichen in Deutschland sucht. Berlin – ein Magnet!

Greifen wir aus diesem bunten Strauß ein Beispiel heraus:

Das MetaHaus in der Leibnizstraße in Berlin – Charlottenburg.



Es handelt sich um das ehemalige Abspannwerk, errichtet 1928/29 als Stahlskelettkonstruktion mit vorgesetzter roter Klinkerfassade. Es diente dazu, die in den Kraftwerken erzeugte Hochspannung in Strom umzuwandeln, der für die Wohnungen Charlottenburgs geeignet war. 1984 wurde das Werk stillgelegt; neue Technologien hatten es überflüssig gemacht. Anderthalb Jahrzehnte später bauten es Initiatoren zu einem Designerzentrum um.

Was geschieht hier konkret? Wer arbeitet in diesem gewaltigen Bau woran? „Design“ bedeutet zunächst einmal, etwas zu erdenken, aufzuzeichnen, zu skizzieren, zu planen. Erdacht werden nicht nur das Aussehen von Produkten, sondern auch die Werbung zu ihrem Vertrieb. Nicht nur das! Gearbeitet wird auch am Ansehen der her-

stellenden Firmen. Im Kern geht es um's Visuelle, um das Wesen, die Identität, die der Kunde zum Unternehmen und zu dessen Produkten herstellt oder herstellen soll. Was früher die schlichte Werbung machte, gestalten heute – umfassender – die „Brandingagenturen“. Neben Firmen bedienen sich Branchen, ja ganze Länder des „Brandings“, zu deutsch: der Technik des „Einbrennens“ von Marken und Ansehen. So zählt MetaDesign u. a. VW, audi, ebay und Lufthansa zu seinen Kunden.

Wenn irgend etwas sonst, so symbolisiert diese Entwicklung

Das Wesen modernen Wirtschaftens.

Schumpeter hat einmal von der „schöpferischen Zerstörung“ gesprochen, damit gewiss nicht jene verbrecherischen Vorgänge zwischen 1939 bis 1945 gemeint, auch nicht die teils kritikwürdigen Aktivitäten der Treuhand, wohl aber jenes revolutionäre Prinzip des Kapitalismus, dem sich Marx und Engels nie verschlossen haben: Altes, Überholtes wird ersetzt durch technisch Neues, das die wirtschaftliche Basis auf eine neue Stufe hebt. Die Frage ist immer nur, ob die damit einher gehenden sozialen Umbrüche politisch aufgefangen werden können – ggf. durch Beeinflussung der technischen Umwälzung selber. Das war von je her Aufgabe und Selbstverständnis unserer Partei. Dafür hat sie zu kämpfen.

Technische und organisatorische Prozesse bedeuten nicht notwendig weniger Arbeit. Sie stellen nur andere Anforderungen an die Arbeitnehmer, wie auch die Arbeitnehmer – insbesondere Frauen – andere Anforderungen an die Unternehmen stellen – wie z. B. in puncto Fortbildung und Betreuung von Kindern. Bildungs- und Sozialsysteme wie auch Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände müssen das vorhandene und sich noch entwickelnde Arbeitsangebot in Deckung bringen mit den Fähigkeiten und den Bedürfnissen der Arbeitnehmer. Davon hängt das Schicksal unserer Demokratie ab.

Helmut Kynast,

Stadtteiltag in der City-West

Die Abgeordneten der SPD-Fraktion führen in diesem Jahr jeweils einen Stadtteiltag in ihrem Wahlkreis durch, bei dem sie beispielhaft wichtige Institutionen, Unternehmen, Schulen usw. besuchen. An meinem Stadtteiltag in der City-West hatte ich mir acht Stationen vorgenommen, die ganz unterschiedliche Bereiche dieses vielfältigen Wahlkreises widerspiegeln.

Der Stadtteiltag begann morgens mit dem Besuch des Sophie-Charlotte-Gymnasiums. Im Gespräch mit Schulleiter Schmerling, Bildungsstadtrat Reinhard Naumann und dem Elternvertreter Dr. Wörmann verschaffte ich mir ein Bild dieser Schule, die mit einem Migrationsanteil von 35 % allen Unkenrufen zum Trotz zu den erfolgreichsten Gymnasien der Stadt zählt. Bei einem Rundgang durch das Schulgebäude zeigt Herr Schmerling weitere Entwicklungspotentiale der Schule auf.

Anschließend ging es weiter in die Wilmersdorfer Straße. Diese älteste Fußgängerzone Berlins gehört zu den überregional bedeutsamen Einkaufsstraßen der Stadt. Mit den 2007 eröffneten "Wilmersdorfer Arcaden" ist ein weiterer Anziehungspunkt des Einzelhandels in der Straße entstanden. Mit den Vertretern der Händlergemeinschaft Wilmersdorfer Straße diskutierte ich aktuelle Probleme des Einzelhandels und Möglichkeiten der Aufwertung der Wilmersdorfer Straße.



Gemeinsam mit Innensenator Dr. Ehrhart Körting und der Bundestagsabgeordneten Petra Merkel stellte ich mich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger am Karl-August-Platz.

Durch das neu erbaute Oberstufenzentrum Körperpflege in der Schillerstraße - architektonischer Höhepunkt an einer zuvor etwas vernachlässigten Ecke - führte Staatssekretärin Hella Dunger-Löper von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und erläuterte die Entstehung und die Funktionalität des Bauwerks. Im OSZ Körperpflege erhalten Auszubildende aus dem Friseurhandwerk, aus dem Kosmetikbereich, angehende Zahnärztinnen und Maskenbildner ihre Berufsschulbildung.



Mit einer Besuchergruppe fuhr ich bis zum 20. Stock des Rohbaus "Zooenster" am Breitscheidplatz hinauf, wo bereits 2011 das Hotel Waldorf-Astoria einziehen soll. Es bot sich ein beeindruckender Blick auf den Breitscheidplatz sowie die nähere und weitere Umgebung. Auch Pfarrer Martin Germer von der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche war dabei, um sein Gotteshaus einmal aus einer ungewöhnlichen Perspektive zu betrachten. Im Amerika-Haus, dem Standort des Regionalmanagements City-West, stellten anschließend Investorenvertreter der Bauprojekte rund um den Breitscheidplatz ihre Pläne auf einer Fachveranstaltung der SPD-Fraktion der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf vor.

Mit einer Besuchergruppe fuhr ich bis zum 20. Stock des Rohbaus "Zooenster" am Breitscheidplatz hinauf, wo bereits 2011 das Hotel Waldorf-Astoria einziehen soll. Es bot sich ein beeindruckender Blick auf den Breitscheidplatz sowie die nähere und weitere Umgebung. Auch Pfarrer Martin Germer von der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche war dabei, um sein Gotteshaus einmal aus einer ungewöhnlichen Perspektive zu betrachten. Im Amerika-Haus, dem Standort des Regionalmanagements City-West, stellten anschließend Investorenvertreter der Bauprojekte rund um den Breitscheidplatz ihre Pläne auf einer Fachveranstaltung der SPD-Fraktion der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf vor.

Die "Bürgerinitiative Olivaer Platz" führte am frühen Abend des Stadtteiltages eine Gruppe von über dreißig interessierten Anwohnerinnen und Anwohnern sowie die zahlreich erschienenen Vertreter der Bezirkspolitik über den Olivaer Platz und erläuterte die vielversprechenden Pläne, aus der derzeit nicht optimalen Lage, einen attraktiven Innenstadtplatz werden zu lassen.

Mir hat der Stadtteiltag wertvolle Anregungen für meine weitere Arbeit gegeben.

Frank Jahnke



(Foto: M.Zipser)

Vom Schiller-Theater zur Staatsoper

In der Bismarckstraße gibt es etwas Neues: Das Gebäude des ehemaligen Schiller-Theaters hat seit Ende September 2010 eine neue Nutzung. Der aufmerksame Beobachter erkennt es bereits an der Gestaltung des Vorplatzes: Es wurden neuerdings Linden gepflanzt. Denn es ist die „Staatsoper Unter den Linden“ in den Westen gezogen, in das alte West-Berlin und das für ganze drei Jahre, in denen das Bauwerk der Staatsoper saniert wird. In den 1990er-Jahren ist das alte Schiller-Theater den Sparzwängen geopfert worden. Das Gebäude wurde in den letzten Jahren durch kommerzielle Anbieter bespielt. Nun ist es für drei Jahre ein Ort der Hochkultur. Eine Art Wiedergutmachung.

Für Opernfreunde eine spannende Situation: Hier die Deutsche Oper, dort die Staatsoper. Kurze Wege und – kleiner Scherz am Rande: mit etwas Glück und Geschick kann man in der Pause die Karten tauschen, wenn wie so oft in der Vergangenheit beide Häuser das gleiche Stück spielen sollten. Die Leitung der Staatsoper will den Umzug dazu nutzen, neue Ideen auszuprobieren und sich zu öffnen. Für die Fans der Oper und für viele Touristen ein besonderer Anziehungspunkt in der City-West. Es ist zu hoffen, dass hierdurch die Gegend wieder ein Stück aufgewertet wird und z.B. die Gastronomie davon profitiert. Kunst und Kultur verstärken den Aufschwung in diesem Bereich Charlottenburgs. In unserer täglichen politischen Arbeit setzen wir uns dafür ein, dass nicht nur die Spielstätten der Opern, sondern auch kleine Theater und sonstige Kultureinrichtungen sowie Kinostandorte gesichert werden.

Christian Christen

An dieser Stelle erinnern wir an bedeutende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Charlottenburg-Wilmersdorf

heute:

Zur Person Günter Gaus

Günter Gaus ist eines der wenigen Beispiele für die in Deutschland unübliche Wanderung zwischen den Welten. Er war Journalist, Diplomat und Politiker und später wieder Journalist. Dabei hat er immer eine klare inhaltliche Linie verfolgt.

Der Kaufmannssohn wuchs in seiner Geburtsstadt Braunschweig auf. Als der Zweite Weltkrieg endete, war er erst 15 alt und hatte somit die „Gnade der späten Geburt“ - ein Begriff, der von ihm im lutherischen Sinne ersonnen worden und später, durch Helmut Kohl zweckentfremdet, bekannt geworden war. Nach seinem Abitur 1949 auf der Gaußschule hospitierte er vier Wochen bei der *Braunschweiger Zeitung* – ein erster Schritt zum Journalismus. Anschließend ging er nach München, um dort an der Ludwig-Maximilian-Universität Germanistik, Geschichte und Kunstgeschichte zu studieren.

Auf der Universität fand Gaus seine spätere Ehefrau, im Übrigen jedoch nicht, wonach er suchte. Nach vier Semestern wandte er sich daher vollends dem Journalismus zu..

Im Herbst 1952 übernahm er das politische Ressort bei der *Badischen Zeitung*. Diese erste Station seines Berufslebens sollte genau vier Jahre dauern, bevor er zur *Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung* wechselte, die damals als das süddeutsche Pendant zur Hamburger Zeit galt. Aus dem Lehrling und jungen Journalisten wurde schnell ein gefragter Mann.

Ein Jahr später ereilte ihn der Ruf Rudolf Augsteins, so dass er im Frühjahr 1958 zum *Spiegel* wechselte. Hier arbeitete Gaus zu hervorragenden Konditionen, was ihm jedoch schnell den Neid der Kollegen einbrachte. Glücklicherweise wurde Gaus in der *Spiegel*-Redaktion zunächst nicht. Er bewarb sich anderweitig und erhielt im Herbst 1961 – kurz vor der Spiegelaffäre - den innenpolitischen Bereich bei der *Süddeutschen Zeitung*, wo er vier Jahre blieb.

Hier erstellte er biographische Skizzen, die die Aufmerksamkeit des aufkommenden Massenmediums Fernsehen erregten. Er nahm das Angebot an, biographische Porträts in Interviewform für das Fernsehen zu schaffen. Die Serie hielt sich unter dem Titel „Zur Person“ über Jahrzehnte.



(Foto :P. Glaser)

1969 kehrte er als Chefredakteur zum *Spiegel* zurück. Für die sozialliberale Koalition war dies ein Glücksfall, denn Gaus unterstützte vehement und vorbehaltlos die neue Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel. Er wurde zu einem engen Vertrauten Willy Brandts, wodurch Gaus nach Brandts Wiederwahl 1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt wurde, also als Quereinsteiger in die Politik ging.

Er war als Ständiger Vertreter in der DDR vorgesehen. Nachdem der Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten im Sinne des „Wandels durch Annäherung“ unterzeichnet und die Ständige Vertretung der Bundesrepublik eingerichtet war, wurde Gaus 1974 deren Leiter. In seiner Zeit bis 1981 konnte er viele Abkommen zur Verbesserung der humanitären Lage mit der DDR aushandeln. Auf diese Art und Weise leistete er Bedeutendes auf dem Weg zur Wiedervereinigung, auch wenn diese damals weit entfernt schien.

Zur Wiederwahl Helmut Schmidts 1976 trat Gaus in die SPD ein. Dies ermöglichte ihm, im Januar 1981 in den Senat Vogel als Senator für Wissenschaft und Kunst einzutreten. Bereits im Mai desselben Jahres wurde gewählt. Dabei trat Gaus im Westen Charlottenburgs als Kandidat für das Abgeordnetenhaus an. Als die Wahl von Richard von Weizsäcker (CDU) gewonnen wurde, sagte sich Gaus von der Politik los und wandte sich wieder dem Journalismus zu. Seine eigene Linie hat er dabei nie verloren. 2004 starb dieser Menschenkenner und Freidenker, der sich vorbildlich für die deutsch-deutschen Belange eingesetzt hat.

Joachim Wagner

TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE •

Liebe Charlottenburgerinnen, liebe Charlottenburger,
gerne nutze ich die Möglichkeit, Sie hier über Aktuelles und Neuigkeiten zu informieren.

Von der Goethe 80 in die Goethe 15

Zunächst das Wichtigste: das SPD-Bürgerbüro und mein Wahlkreisbüro sind umgezogen. Nicht weit – von der GOETHE80 in die GOETHE15. Sie finden uns jetzt also einige 100 Meter weiter – in der Goethestraße 15, zwischen Schlüter- und Herderstraße. Das Angebot bleibt in gewohnter Form bestehen. Der Faire Handel hat sich aus dem Verkauf am Samstag zurückgezogen, wird aber bei Veranstaltungen auch in Zukunft fair gehandelte Produkte anbieten. In der „fairen Kiste“ steht zusätzlich eine kleine Auswahl jederzeit zum Verkauf bereit. Meine Bürgersprechstunden, Gesprächsrunden und auch Ausstellungen werden dort natürlich wie gewohnt stattfinden. Ebenso wird das Büro für Sie an vier Tagen die Woche geöffnet sein, die Öffnungszeiten finden Sie unten.

Vielleicht schauen Sie sich die neuen Räumlichkeiten einmal an? Feiern Sie mit mir die :

**Neueröffnung des Wahlkreis- und SPD-Bürgerbüros,
am Samstag, den 27.11.2010, von 11 bis 13 Uhr,
in der Goethestraße 15, 10625 Berlin.**

Gleichzeitig wird an diesem 1. Advent, wie schon in den letzten Jahren auch, die
Ausstellung der unicef-Weihnachtsgrußkarten

in der GOETHE15 eröffnet. Vielleicht schauen Sie vorbei und decken sich direkt mit Weihnachtskarten ein?!

Sprechstundentermine

Meine nächsten Bürgersprechstunden finden am Montag, den 15. November von 15.00 bis 17.00 Uhr und am Montag, den 6. Dezember von 14.00 bis 16.00 Uhr statt. Wenn Sie Interesse an einem Termin haben, melden Sie sich bitte in meinem Büro an.

Ich freue mich darauf, Sie bei der einen oder anderen Gelegenheit zu treffen.

Ihre



Ihre Bundestagsabgeordnete für Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf

Wahlkreisbüro **GOETHE 80**,
Goethestraße 80, 10623 Berlin,
Telefon: 313 88 82, Fax: 318 001 68
E-Mail: petra.merkel@wk.bundestag.de

Öffnungszeiten bis 30.9.2009:
Montag bis Freitag 10 – 18 Uhr
www.petra-merkel.de

Wussten Sie schon?

An dieser Stelle möchte ich über Straßen und ihre Namensgebung informieren:

Heute: Marchstraße

Sprechstunde: Frank Jahnke,

Mitglied des Abgeordnetenhauses.
Siehe: www.frank-jahnke.de,
oder Aushang im Wahlkreisbüro
Goethestr. 15 sowie nach telefonischer
Vereinbarung.

Tel./Fax: 030-313 88 82

bzw. per E-Mail:

frank.jahnke@spd.parlament-berlin.de

Anzeige:

LAVANDEVIL



*Restaurant
&
Kneipe*

*Öffnungszeiten: Mo - So 16³⁰ - 1⁰⁰
Tel.: 030 / 342 92 80 • Fax: 030 / 342 52 81
Schustehrusstraße 3 • 10585 Berlin
direkt am U-Bhf Richard-Wagner-Platz*

SPD-Vor Ort:

Herausgeber: Frank Jahnke; MdA;
Abt 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg;
Christian Christen, Gotthard Krupp; Heike Stock
V.i.S.d.P.: Frank Jahnke; Goethestr. 15; 10623 Berlin

Sie verläuft vom Ernst-Reuter-Platz bis zur Franklinstraße und dem Einsteinufer.

Sie wurde am 29.07.1863 benannt nach Ernst March geboren am 30.06.1798 in Pankin/Pommern, gestorben am 14.02.1847 in Berlin, begraben auf dem 1. Luisenfriedhof. March gründete 1836 die Charlottenburger Tonwarenfabrik die sich unter der Leitung seiner Nachkommen weiterentwickelte zu den späteren „Deutschen Ton- und Steinzeugwerken AG Charlottenburg“. Sein Sohn Otto (1845 – 1913) erbaute die englische Kirche am Nollendorfplatz sowie die Tribüne der Rennbahn im Grunewald und das Deutsche Stadion in Berlin Charlottenburg. Ottos Sohn Werner baute es für die Olympischen Spiele 1936 zum Olympiastadion um.

Zu den denkmalgeschützten Objekten gehören die

- Marchbrücke über die Spree 1911/1912 von Heinrich Seeling und August Bredtschneider
- sowie die Häuser Nr. 6, 1905 von Kayser & Großheim, und Nr. 8, 1904/05 von Otto March.
- 1873 ließ sich Theodor Mommson seine Villa in der Straße bauen (heute Nr. 6) und wohnte hier bis zu seinem Tode,
- ab 1922 wohnte in Nr. 25b der Physiker Walter Nernst und
- in Nr. 15 von 1902 – 1918 die Sozialarbeiterin Helene Weber.

Jürgen Behrend